

Anfragen: Märzsession 2017

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Staatskanzlei STA			
9	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Antworten auf Anfragen zugänglich machen!	3
Finanzdirektion FIN			
16	Köpfli (Bern, glp)	Weitergabe der Offertöffnungsprotokolle an die WeKo zwecks Überprüfung auf illegale Preisabsprachen	4
Erziehungsdirektion ERZ			
3	Güntensperger (Biel, glp)	Einweglehrmittel: Wer hat entschieden?	5
11	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)	Der Förderunterricht der Auszubildenden soll eine zentrale Dienstleistung sein, um Jugendlichen in ländlichen Gebieten die gleichen Bildungschancen zu garantieren	6
12	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)	Umfrage der Gewerbliche-Industriellen Berufsschule Bern (GIBB) zum Angebot «Zusatzlehre ELI z»	7
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
2	Brönnimann (Mittelhäusern, glp)	BLS/BLS-Cargo – Strategische Ziele des Kantons Bern und des Regierungsrates	8
6	Wüthrich (Huttwil, SP)	Ist die Entwicklung der erteilten Aufträge für Wald- und Forstarbeiten an Private gestiegen?	9
13	Machado Rebmann (Bern, GPB-DA)	Verscherbelt der Kanton Bern sein Tafelsilber?	10
17	Köpfli (Bern, glp)	Leerstände bei kantonalen Gebäuden in der Stadt Bern	11
19	Freudiger (Langenthal, SVP) (Sprecher/in) Herren-Brauen (Rosshäusern, BDP)	BLS-Werkstätte im Riedbach, regierungsrätliche Verantwortung wahrnehmen	12
Polizei- und Militärdirektion POM			
1	Schöni-Affolter (Bremgarten, glp)	Aushebelung der vielgelobten Gewaltenteilung der Schweiz durch die POM – Wer ist hier König?	13
5	Hügli (Biel, SP)	Schulung der Kantonspolizei zu den Menschenrechten	14
7	Fuchs (Bern, SVP)	Wie ist die Kostenentwicklung bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden bzw. von vorläufig Aufgenommenen?	15



- | | | | |
|----|--------------------------|--|----|
| 18 | Graber (Neuenstadt, SVP) | Spionage, Einschüchterung und Druck gegenüber Türken und türkisch-schweizerischen Doppelbürgern im Kanton Bern | 16 |
|----|--------------------------|--|----|

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

- | | | | |
|---|-------------------|---|----|
| 8 | Fuchs (Bern, SVP) | Ist die Frist von 3 Monaten für Fahrnisbauten im Kanton Bern nicht mehr gültig? | 17 |
|---|-------------------|---|----|

Volkswirtschaftsdirektion VOL

- | | | | |
|----|--------------------------------|---|----|
| 14 | Machado Rebmann (Bern, GPB-DA) | Olympische Winterspiele 2026: Welche Zusicherungen des Regierungsrates für eine Beteiligung des Kantons Bern wurden bereits abgegeben und werden in Zukunft abgegeben werden? | 18 |
|----|--------------------------------|---|----|

Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF

- | | | | |
|----|---------------------------------|--|----|
| 4 | Lanz (Thun, SVP) | Finanzielle Unterstützung für Vorhalteleistungen am Spitalstandort Zweisimmen – Zeitplan | 19 |
| 10 | Brönnimann (Mittelhäusern, glp) | Wie sieht der kantonale Fahrplan aus, um die ASIV für das Betreuungsgutscheinsystem fit zu machen? | 20 |
| 15 | Benoit (Corgémont, SVP) | Bancomat der Zürcher Kantonalbank im Bieler Beaumont-Spital | 21 |

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: STA

Antworten auf Anfragen zugänglich machen!

Die Antworten des Regierungsrates auf Anfragen von uns Grossräten/Grossrätinnen werden als wertvolle Arbeitsinstrumente geschätzt. Doch leider sind sie nicht einzeln im Internet abrufbar, da sie keine Seitenzahlen aufweisen. Auch werden sie nicht wie die anderen Vorstösse auf der Website der Grossratsmitglieder aufgeschaltet. Deshalb gehen diese «Quellen» bei der politischen Arbeit allzu oft verloren.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die Antworten in Zukunft im Internet so aufzuschalten, dass diese einzeln ausgedruckt werden können?
2. Ist der Regierungsrat bereit, den Auftrag zu erteilen, damit in Zukunft auf der Website des Grossen Rates unter den einzelnen Grossräten/Grossrätinnen auch die Fragen/Antworten aufgelistet werden?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Köpfli (Bern, glp)

Beantwortet durch: FIN

Weitergabe der Offertöffnungsprotokolle an die WeKo zwecks Überprüfung auf illegale Preisabsprachen

Ende 2016 wurde bekannt, dass in der Ostschweiz acht Strassen- und Tiefbauunternehmen Preise abgesprochen haben. Die Unternehmen wurden deshalb mit rund 5 Millionen Franken gebüsst.

Auf die Spur der illegalen Preisabsprachen kam die Wettbewerbskommission (WeKo) aufgrund einer statistischen Analyse von Offertöffnungsprotokollen. In diesen Protokollen wird festgehalten, welche Offerten bei Ausschreibungen eingereicht wurden.

Die Daten bzw. die Offertöffnungsprotokolle wurden der WeKo vom Kanton St. Gallen zur Verfügung gestellt. Auf Nachfrage eröffnete uns die WeKo, dass ihr für den Kanton Bern bis anhin keine solchen Daten zur Verfügung gestellt wurden. Würde dies nachgeholt, würden sie «diese grundsätzlich ebenfalls auswerten».

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, der WeKo die Offertöffnungsprotokolle zwecks einer statistischen Analyse zur Verfügung zu stellen?
2. Wenn ja, bis wann kann dies erfolgen?
3. Wenn nein, warum nicht?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 18.02.2017

Eingereicht von: Güntensperger (Biel, glp)

Beantwortet durch: ERZ

Einweglehrmittel: Wer hat entschieden?

Die neuen Einweglehrmittel «Milles Feuilles», «Clin d'Oeil» und «New World» verursachen den Kantonen hohe Kosten. Es ist nirgendwo zu finden, wer genau diese Lehrmittel ausgewählt hat. Es wird zwar gerne auf die Lehrmittelkommissionen in den Kantonen verwiesen. Aber die hatten oft, wie z. B. im Kanton BL, nur die Wahl zwischen den oben genannten Lehrmitteln oder keinen Lehrmitteln.

Fragen:

1. Wer hat sich für das Lehrmittel entschieden?
2. Wie lief das Auswahlverfahren?
3. Gab es eine offene Ausschreibung, und gab es aussenstehende Bewerber?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Der Förderunterricht der Auszubildenden soll eine zentrale Dienstleistung sein, um Jugendlichen in ländlichen Gebieten die gleichen Bildungschancen zu garantieren

Der dezentrale Förderunterricht ist von grösster Wichtigkeit. Auszubildende müssen ihn, falls nötig, in ihrer Wohnregion besuchen können. Weite Anreisewege an den üblichen Ausbildungsort können den Besuch vom Förderunterricht verhindern. Schwache Schul- und Lernleistungen können mit dem Förderangebot behoben werden und gewährleisten den Auszubildenden den Einstieg in die spätere Berufswelt.

Gelder für den Förderunterricht sind gut investierte Finanzen mit Nachhaltigkeit. Jugendliche, die einen Abschluss haben, sind in der Lage, selbst für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

Fragen:

1. Wie stellt die Erziehungsdirektion den dezentralen Förderunterricht im ganzen Kanton sicher?
2. Ist mit einer weiteren Kürzung des Förderunterrichts zu rechnen?
3. Muss die Tragweite der Nachhaltigkeit des Förderunterrichts neu erfasst und sichtbar gemacht werden?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Umfrage der Gewerbliche-Industriellen Berufsschule Bern (GIBB) zum Angebot «Zusatzlehre ELI z»

Das Schreiben der GIBB vom 2.2.2017 an Lernbetriebe der Elektroinstallationsbranche Bern & Umgebung hat grosse Verunsicherung bzw. Empörung ausgelöst. Der allgemeine Rückgang von Lernenden beschäftigt alle Berufsschulen. Die Konsequenz auf die Anzahl Klassen wird nicht ausbleiben. Dass jedoch eine Schule wie die GIBB mit Unterstützung des Mittelschul- und Berufsbildungsamts die Möglichkeit erhält, eine Umfrage bei den Lehrbetrieben durchführen, um zusätzlich Schulstandort zu werden, ist unverständlich. Da kommt die Frage auf, ob es sich um einen versteckten, nicht kommunizierten Auftrag der ERZ handelt. Die Ausbildungsstandorte der Berufe sind definiert und regional verteilt. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Die Gründung des «Vereins Berufsbildung Stadt Bern», mit erklärtem Ziel, die Standortfragen mit örtlichen Vertretern des Grossen Rates zu diskutieren, bestärkt meine Bedenken über die «Vorbereitungen» künftiger Fragen der Ausbildungsstandorte der Berufe.

Sollte eine Zusatzlehre im Bereich der Elektroinstallationsbranche oder aber auch anderer Berufe als notwendig erachtet werden, sollte das mit den Berufsschulen, die solche Berufe ausbilden, abgesprochen werden. Lehrbetriebsbefragungen von einzelnen Berufsfachschulen dürfen nicht zur Änderung der Zuordnung des Berufsschulausbildungsorts führen.

Dies im Sinne einer offenen, transparenten und regionalen Bildungsstrategie aller Berufsschulstandorte.

Fragen:

1. Was unternimmt die Erziehungsdirektion gegen die sich abzeichnende Polarisierung und Entsolidarisierung der Berufsschulen in städtischen und ländlichen Gebieten?
2. Wie erklärt die ERZ die Haltung des MBA zur Umfrage der GIBB?
3. Sollen künftig alle Berufsschulen die Möglichkeit erhalten, Umfragen zum Thema Schulstandort durchzuführen?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 17.02.2017

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: BVE

BLS/BLS-Cargo – Strategische Ziele des Kantons Bern und des Regierungsrates

Am 17.2.2017 konnte man in der Presse lesen, dass die BLS 45 Prozent der BLS Cargo an die SNCF Logistics verkauft. Vor kurzem hielt die Regierung in einer Motion fest, dass sie die BLS Cargo nicht verkaufen will. Worte und Taten erscheinen widersprüchlich, und vor allem fragt man sich, zu welchem Schnäppchenpreis die BLS Cargo nun nahezu die Hälfte der Aktien an die SNCF verkauft hat. Dies betrifft natürlich auch die BLS AG, deren Mehrheitsaktionär der Kanton Bern ist, und die Publikumsaktionäre. Eine kohärente Strategie im Güterverkehr ist schwer erkennbar. Offenbar setzt die BLS auf eine riskante Expansionsstrategie im Güter- und Personenverkehr. Es entstehen Befürchtungen, dass sich die BLS überschätzt und auf den Alleingang statt auf eine Kooperation mit den SBB setzt. Die Frage bleibt, worin bei dieser Strategie die Interessen und Ziele des Mehrheitsaktionärs Kanton Bern liegen.

Fragen:

1. War die Regierung über die Verkaufspläne der BLS Cargo und den ausgehandelten Verkaufspreis informiert?
2. Welche Risiken ergeben sich durch den Verkauf für den Wirtschaftsstandort Bern und insbesondere für das Personal?
3. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat mit der Zusammenarbeit der BLS mit der SNCF?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: BVE

Ist die Entwicklung der erteilten Aufträge für Wald- und Forstarbeiten an Private gestiegen?

Der Kanton Bern unterhält Wald und Strassen. Das ergibt aufgrund der Topografie unseres Kantons viel Forst- und Waldarbeit. In diesem Winter fällt auf, dass entlang vieler Strassen grössere Forstarbeiten und grössere Rodungen ausgeführt werden. Beispielsweise werden ab Ende März/Anfang April 2017 während mehrerer Tage entlang der Saanenmöserstrasse Rodungsarbeiten ausgeführt. Auch im Gebiet des Oberingenieurkreises IV wurden diesen Winter mehrere während Tagen dauernde Wald- und Forstarbeiten beobachtet.

Auf der anderen Seite sind offenbar in diesem Winter die privaten Waldbesitzer zurückhaltender mit dem Erteilen von Wald- und Forstarbeiten an private Forstunternehmen.

Fragen:

1. Wie entwickelten sich die extern vergebenen Aufträge für Wald- und Forstarbeiten beim Tiefbauamt in diesem Winter im Vergleich zu den Vorjahren?
2. Haben kantonale Stellen diesen Winter auf die je nach Region unterschiedliche Nachfrage privater Waldbesitzer reagiert, um den privaten Forstunternehmen die Auslastung zu sichern, oder sind die Forstunternehmen durch die öffentlichen Aufträge ausgelastet und können weniger private Aufträge ausführen?
3. Müssen sich die Waldbesitzer an den Kosten der Wald- und Forstarbeiten, die entlang der Strassen aus Sicherheitsgründen nötig werden, beteiligen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Machado Rebmann (Bern, GPB-DA)

Beantwortet durch: BVE

Verscherbelt der Kanton Bern sein Tafelsilber?

Wie dem Inseratenteil der Zeitung «Der Bund» vom 10. März 2017 zu entnehmen war, verkauft der Kanton Bern, hier das Amt für Gebäude und Grundstücke (AGG), eine historische Liegenschaft in der Berner Altstadt. Die Liegenschaft hat eine Nettogeschosfläche von 1181 m² und soll für 6,5 Millionen Franken verscherbelt werden. Auf der Webseite des AGG¹ ist angegeben, dass die Liegenschaft an der Münsterergasse 32 sechs Etagen aufweist, aus dem Jahr 1750 stammt und 1984 zum letzten Mal renoviert wurde. Die Bilderdokumentation zeigt zusätzlich zur Liegenschaft an der Münsterergasse 32 wohl irrtümlicherweise auch eine Liegenschaft am Münsterplatz. Dies weckt die Vermutung, dass auch dieses Gebäude bald verkauft wird.

Anlässlich der Beratung zur Motion 307-2013 führte die Baudirektorin aus, sie wolle bei Verkäufen von kantonalen Liegenschaften einzelfallweise die Abgabe im Baurecht prüfen².

Fragen:

1. Aus welchem Grund verkauft der Kanton Bern diese Liegenschaft?
2. Ist der Regierungsrat bereit, auf den Verkauf zu verzichten und die Liegenschaft im Baurecht abzugeben oder zu vermieten?
3. Sind weitere Verkäufe von historischen Liegenschaften des Kantons geplant?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

¹http://www.bve.be.ch/bve/de/index/grundstuecke_gebaeude/grundstuecke_gebaeude/liegenschaften_portfolio/verkaufsobjekte.html

²<https://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwbinary.DOKUMENTE.acq/70b60adff58a47ef9239bbedd9659ad5-332/8/PDF/2013.RRGR.1200-GR-Wortlautdokument-D-85155.pdf>

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Köpfli (Bern, glp)

Beantwortet durch: BVE

Leerstände bei kantonalen Gebäuden in der Stadt Bern

Fragen:

1. Gibt es in der Stadt Bern aktuell Liegenschaften im Besitz des Kantons, die ungenutzt leer stehen?
2. Wenn ja, welche?
3. Wurde geprüft, ob bei diesen Liegenschaften eine Zwischennutzung (Wohnraum oder kulturelle/gastronomische Nutzung) möglich wäre?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Freudiger (Langenthal, SVP) (Sprecher/in)
Herren-Brauen (Rosshäusern, BDP)

Beantwortet durch: BVE

BLS-Werkstätte im Riedbach, regierungsrätliche Verantwortung wahrnehmen

Der Bau einer BLS-Werkstätte im Gebiet «Chliforst» der Stadt Bern tangiert Umwelt-, Natur- und Heimatschutzinteressen empfindlich (Wald, FFF, Ortsbild, Gewässerschutz, schädliche und lästige Emissionen usw.). Aufgrund der erheblichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt hat sich denn auch eine Begleitgruppe in einem längeren Verfahren mit der Standortfrage beschäftigt.

Die Arbeit der Begleitgruppe entbindet den Regierungsrat selbstredend nicht von seinen politischen und rechtlichen Verpflichtungen. Neben Fragen zur Sache interessiert an dieser Stelle auch das Verfahren: Aufgrund der Auswirkungen auf bundesrechtlich geschützte Objekte und Standorte (z. B. Wald) ist bereits für das bevorstehende Planungsverfahren angezeigt, dass sich die zuständigen Bundesbehörden gebührend und frühzeitig äussern können. Soweit wider Erwarten kein Sachplanverfahren durchgeführt werden sollte, müsste zumindest gewährleistet sein, dass eine Richtplananpassung dem Bund zur Genehmigung unterbreitet wird.

Fragen:

1. Welche Anstrengungen hat der Regierungsrat des Kantons Bern unternommen, um das öffentlich gemachte Angebot von Vertretern des Kantons Freiburg zu Händen des Kantons Bern für einen Standort für die BLS-Werkstätte zu prüfen (vgl. u. a. Berner Zeitung vom 22.9.2016, «Sensler wollen BLS-Werkstätte an Land ziehen»)?
2. Ist der Regierungsrat der Auffassung, die Werkstätte der BLS sei aufgrund des politisch-ökonomischen Stellenwerts der Staatsbahn für den Kanton Bern mit Vorteil auf bernischem Gebiet zu errichten?
3. Kann der Regierungsrat garantieren, dass er – falls wider Erwarten kein Sachplanverfahren durchgeführt werden sollte – die diesfalls erforderliche Anpassung des kantonalen Richtplans durch den Bund genehmigen lässt?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 13.02.2017

Eingereicht von: Schöni-Affolter (Bremgarten, glp)

Beantwortet durch: POM

Aushebelung der vielgelobten Gewaltenteilung der Schweiz durch die POM – Wer ist hier König?

Unter dem Titel «Bernisches Amt ignoriert Gerichtsurteile» berichtet Der Bund in der Ausgabe vom 10.2.2017 über den Fall eines verwahrten Straftäters, dem angeblich ein sogenannt begleiteter «humanitärer Ausgang» von den bernischen Justizvollzugsbehörden verweigert wird, obwohl ihm dieser in einem rechtskräftigen Urteil des Obergerichts zugestanden wurde. Zum wiederholten Mal setzt sich die bernische Justizvollzugsbehörde über ein vom Obergericht gesprochenes Gerichtsurteil hinweg und verhindert einen begleiteten Ausgang für einen verwahrten Straftäter, der nur seine Mutter zu einem Mittagessen treffen wollte.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass die Justizvollzugsbehörden das erwähnte rechtskräftige Urteil des Obergerichts nicht bzw. nicht umgehend umsetzen?
2. Falls ja: Aus welchen Gründen wird das Urteil nicht bzw. nicht umgehend umgesetzt?
3. Wie ist der erwähnte Sachverhalt aus Sicht des Regierungsrats rechtsstaatlich einzuordnen, namentlich mit Blick auf den Grundsatz der Gewaltenteilung und die Grundrechte der EMRK?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 19.03.2017

Eingereicht von: Hügli (Biel, SP)

Beantwortet durch: POM

Schulung der Kantonspolizei zu den Menschenrechten

Gemäss eigener Darstellung hat die Kantonspolizei Bern zum Ziel, die Grundrechte zu garantieren und sowohl die Verfassung als auch die Gesetze durchzusetzen.

Fragen:

1. Wie und in welchem Umfang wird während der Grundausbildung bei der Kantonspolizei die Schulung zu den Menschenrechten einbezogen?
2. Wie häufig und in welchem Umfang werden nach der Grundausbildung bei der Kantonspolizei Schulungen zu den Menschenrechten absolviert?
3. Inwiefern werden bei solchen Schulungen zu den Menschenrechten auch aktuelle Entscheide und Entwicklungen von Bundes-, europäischer und internationaler Ebene miteinbezogen?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP)

Beantwortet durch: POM

Wie ist die Kostenentwicklung bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden bzw. vorläufig Aufgenommenen?

Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 21. Mai 2017 behauptet der Regierungsrat, die geplanten zusätzlichen 105 Millionen Franken an kantonalen Steuergeldern (zusätzlich zum Bundesbeitrag) würden keine Luxuslösung darstellen. Ins Feld geführt werden namentlich höhere notwendige Aufwände für unbegleitete minderjährige Asylbewerber und unbegleitete minderjährige vorläufig Aufgenommene. Vor diesem Hintergrund interessiert, wie sich die Kosten des Kantons für diese Gruppen in den letzten Jahren entwickelt haben.

Fragen:

1. Wie hoch sind die für die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden bzw. unbegleiteten minderjährigen vorläufig Aufgenommenen bei stationärer Unterbringung in Wohn- oder Betreuungseinrichtungen im Kanton Bern ausbezahlten monatlichen Beiträge für den Grundbedarf (insbesondere für Kleider, Coiffeur, Sackgeld und situationsbedingte Leistungen)?
2. Wie haben sich diese Ausgaben für den Grundbedarf (insbesondere für Kleider, Sackgeld und situationsbedingte Leistungen) der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden/vorläufig Aufgenommenen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
3. Wie haben sich die Ausgaben des Kantons Bern für unbegleitete minderjährige Asylsuchende/vorläufig Aufgenommene bei stationärer Unterbringung in Wohn- oder Betreuungseinrichtungen im Kanton Bern unter Einbezug sämtlicher Kosten (Aufwände für Infrastruktur, und Betreuungsstrukturen, Betreuung und Bildung, Grundbedarf für die betreuten Personen zzgl. Versicherung, Zahnarzt, Beistände usw.) im Verlauf der letzten zehn Jahre entwickelt?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Graber (Neuenstadt, SVP)

Beantwortet durch: POM

Spionage, Einschüchterung und Druck gegenüber Türken und türkisch-schweizerischen Doppelbürgern im Kanton Bern

Im Rahmen einer intensiven Abstimmungskampagne entfalten die türkischen politischen Behörden zahlreiche Aktivitäten, um Türken oder türkische Doppelbürger, die im Ausland leben, zu überzeugen, für die anstehende Verfassungsreform zu stimmen. Diese Kampagne hat bereits für viel Wirbel und Spannungen mit ausländischen Behörden gesorgt. Es scheint zudem, dass türkische Organisationen in der Schweiz lebende türkische Staatsangehörige oder Doppelbürger bespitzeln. Vieles deutet darauf hin, dass Personen, die Präsident Erdogan kritisch gegenüberstehen, teilweise aggressiven Einschüchterungs- und Boykottversuchen ausgesetzt sind. Es scheint sogar, dass das Denunziantentum mittels einer elektronischen Adresse gefördert wird. Personen, die sich gegenüber dem Präsidialsystem der Türkei allzu kritisch zeigen, können dort direkt denunziert werden. Die Situation ist derart ernst, dass Ständerat Josef Dittli nun bei der Bundesanwaltschaft wegen verbotenen und politischem Nachrichtendienst gemäss Artikel 272 StGB Strafanzeige gegen unbekannt erstattet hat.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, ob es im Kanton Bern im Zusammenhang mit der derzeitigen Abstimmungskampagne in der Türkei zu Spionagetätigkeiten, Einschüchterungsversuchen oder Ausübung von Druck gegenüber in der Schweiz lebenden türkischen Staatsangehörigen oder Doppelbürgern gekommen ist?
2. Kommt es häufig vor, dass ausländische Organisationen und ausländische Nachrichtendienste im Kanton Bern gegenüber ihren Landsleuten oder Staatsangehörigen tätig werden?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP)

Beantwortet durch: JGK

Ist die Frist von 3 Monaten für Fahrnisbauten im Kanton Bern nicht mehr gültig?

Im Kanton Bern gilt nach geltendem Baugesetz für Fahrnisbauten eine Frist von 3 Monaten.

Fragen:

1. Welche Bevölkerungsgruppen kommen heute in den Genuss der privilegierenden Regelungen für Fahrende (Plätze, Kultur), und wie ist der Kreis der Gruppen zu definieren?
2. Wie kann man dem Missbrauch einer ausufernden Interpretation von «Fahrenden» vorbeugen und damit verhindern, dass sich auch Camper oder selbsternannte Stadtnomaden als Fahrende bezeichnen, um dann in den Genuss gesetzlicher Sonderprivilegien zu kommen?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Machado Rebmann (Bern, GPB-DA)

Beantwortet durch: VOL

Olympische Winterspiele 2026: Welche Zusicherungen des Regierungsrates für eine Beteiligung des Kantons Bern wurden bereits abgegeben und werden in Zukunft abgegeben werden?

Mitte Dezember 2016 unterstützte der Regierungsrat die Kandidatur «2026. Les Jeux Swiss Made» in Ausschöpfung seiner maximalen Finanzkompetenz mit einer Million Franken aus dem Lotteriefonds. Am 7. März 2017 stimmte der Exekutivrat von Swiss Olympics der Kandidatur von «Sion 2026» zu, die den Kanton Bern neben Kandersteg mit Bern und Biel als Austragungsorte für Eishockeyspiele einbezieht. Die Kandidatur alleine soll insgesamt 24 Millionen kosten¹, der Gemeinderat von Bern geht von einem Betrag von 65 bis 75 Millionen aus². Am 11. April 2017 wird das Sportparlament von Swiss Olympics die Wahl der Kandidatur von «Sion 2026» wohl bestätigen.³ Im Kanton Graubünden, wo die Stimmbevölkerung frühzeitig über das Projekt abstimmen konnte und es an der Urne wuchtig verwarf, ging man für die Durchführung der Olympischen Winterspiele von Kosten bis zu 340 Mio. aus.

Es fehlt an Transparenz und Information über die geplante Beteiligung des Kantons Bern an den Olympischen Winterspielen 2026, weder die Kosten, die auf die Allgemeinheit zukommen, noch die Eingriffe in Natur und Umwelt wurden bisher ausgewiesen oder kommuniziert. Es entsteht die Vermutung, die Regierung wolle die Beteiligung an den Olympischen Winterspielen 2026 im stillen Kämmerlein aufgleisen, so dass von einem Verzicht auf eine Beteiligung mit fortschreitender Projektentwicklung wegen dem drohenden Prestigeverlust abgesehen werden wird.

Fragen:

1. Beteiligt sich der Kanton Bern an einer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele des Kantons Bern? Wenn ja, wie?
2. Welches sind die ungefähren Kosten, die für die Kandidatur und für die Durchführung der Olympischen Winterspiele 2026 auf den Kanton Bern zukommen?
3. Welches sind die vorgesehenen Eingriffe in Natur und Umwelt?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

¹<http://www.blick.ch/news/schweiz/westschweiz/exekutivrat-stimmt-dafuer-swiss-olympic-will-olympia-in-sion-2026-id6332733.html>

²https://ris.bern.ch/Geschaef.aspx?OBJ_GUID=e167e75b242d4548ab70e8f0f23b05ae

³http://www.swissolympicteam.ch/dam/jcr:e6df7af5-3a4a-4285-94a9-9c48609788a1/Zeitplan_2026_161017_DE.pdf

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 17.03.2017

Eingereicht von: Lanz (Thun, SVP)

Beantwortet durch: GEF

Finanzielle Unterstützung für Vorhalteleistungen am Spitalstandort Zweisimmen – Zeitplan

Am 28. Februar 2017 hat die Spital STS AG bei der GEF einen Antrag auf eine jährliche Zusatzfinanzierung ab 1.1.2018 für das versorgungsnotwendige Spital Zweisimmen eingereicht.

Mit Schreiben der Bergregion Obersimmental-Saanenland vom 13. März 2017 wurde dieser Antrag der STS durch die politische Führung aller Gemeinden und weitere wichtige Politiker aus diesem Gebiet unterstützt. Der Wirtschaftsraum Thun mit den Gemeinden Heimberg, Hilterfingen, Oberhofen, Thierachern, Thun, Seftigen, Sigriswil, Spiez, Steffisburg, Uetendorf, Uttigen, Wattenwil und Wimmis unterstützt den Antrag im gleichen Schreiben ebenfalls ausdrücklich, auch aus Sorge um den Spitalhauptstandort Thun aufgrund der jährlichen Geldabflüsse für das Spital Zweisimmen.

Dieser erstmalige umfassende Schulterschluss im ganzen Versorgungsgebiet der Spital STS AG zeigt nebst den Sorgen der Gemeinden um ihr Spital auch die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Unterstützung der STS AG durch den Kanton.

Frage:

1. Gibt es bereits einen Zeitplan, bis wann über den Antrag der Spital STS AG entschieden wird?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: GEF

Wie sieht der kantonale Fahrplan aus, um die ASIV für das Betreuungsgutscheinsystem fit zu machen?

In seiner Antwort auf den Vorstoss «Verzicht der Anpassung des Betreuungsfaktors für Schulkinder von 1 auf 0,75 im Bereich der Tagesfamilien» schreibt der Regierungsrat:

«Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Einführung des Gutscheinsystems (welches Tagesfamilien und Kitas voraussichtlich die Möglichkeit gibt, auch Tarife über den bisherigen Normkosten anzusetzen) die Situation nochmals verändern wird.»

Für die Gemeinden und die Anbieter ist wichtig zu wissen, wie der genaue Fahrplan der Regierung bezüglich Anpassungen in der ASIV aussieht. Für ein gutes Angebot ist Planungssicherheit zentral. Viele Gemeinden spielen mit dem Gedanken, auf ein Gutscheinsystem umzustellen, zögern aber noch, weil seitens des Kantons zu wenig konkrete Informationen vorliegen.

Fragen:

1. Wann plant der Regierungsrat, die ASIV an ein Gutscheinsystem anzupassen?
2. Wann werden die Gemeinden über die konkreten Rahmenbedingungen des Wechsels zum Betreuungsgutscheinsystem informiert?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 20.03.2017

Eingereicht von: Benoit (Corgémont, SVP)

Beantwortet durch: GEF

Bancomat der Zürcher Kantonalbank im Bieler Beaumont-Spital

Im Bieler Spital Beaumont steht ein Bancomat der Zürcher Kantonalbank.

Fragen:

1. Wie kann es sein, dass die Zürcher Kantonalbank in einem öffentlichen Spital, das dem Kanton Bern gehört, einen Bancomaten betreibt?
2. Kommt dies auch in anderen öffentlichen Gebäuden des Kantons Bern vor?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat